



# SOLOTHURN

KANTON, STADT UND REGION

## Flüchtlingsherberge am Asylweg

**Biberist** Ehemalige Strafanstalt-Aussenstation wird Asylunterkunft mit 30 Plätzen

VON URS BYLAND UND CHRISTOF RAMSER

Wieder gerät Biberist in den Fokus des Kantons bei seiner Suche nach einer Unterkunft für Flüchtlinge. Gestern informierte er, dass die Aussenstation der ehemaligen Strafanstalt Schöngrün am Asylweg 10 zur Asylunterkunft wird. Im Wohntrakt des ehemaligen Staatsbetriebes neben einem riesigen Ökonomiegebäude werden 30 Plätze geschaffen. Bereits im letzten Sommer war Biberist in den Schlagzeilen. Die unterirdische Zivilschutzanlage Grüngen, die als Asylunterkunft diente, steht heute wegen finanzieller Forderungen leer.

Unterirdisch müssen die Menschen am Asylweg 10 nicht wohnen. Genutzt wird der Mittelteil des dreistöckigen Gebäudes. Der linke und der rechte Teil des Gebäudes werden privat bewohnt. Im Mittelteil befinden sich im 1. Stock ein grosser Aufenthaltsraum, sanitäre Anlagen sowie die Küche. Im 2. Stock des früheren Zellentraktes sind 8 Zimmer, jeweils ausgestattet mit WC und Waschgelegenheit, angeordnet. «Die für den Betrieb vorgesehene Flüchtlingsbetreuungsfirma ORS bezeichnete die Unterkunft als sehr geeignet», berichtet David Kummer, Leiter Sozialleistungen und Existenzsicherung beim kantonalen Amt für soziale Sicherheit. Natürlich werde man alle Gitter entfernen. Dies sei aber die einzige bauliche Massnahme. Ansonsten würden keine baurechtlichen Bewilligungen nötig. Auch die Nutzung sollte kein Thema sein, die dieselbe wie früher ist: betreutes Wohnen ausserhalb der Wohnzone.

### Platz für Kontingentflüchtlinge

Die 30 Plätze sind asylsuchenden Familien vorbehalten. Im März kommen die ersten. Die Asylsuchenden bleiben zirka 3 bis 4 Monate in den kantonalen Strukturen, bevor sie in die Gemeinden transferiert werden. Im Herbst 2015 erwartet der Kanton die Zuweisung von zusätzlichen syrischen Flüchtlingsfamilien, die im Bleichenberg platziert werden sollen. Dabei handle es sich um die zweite Welle der sogenannten Kontingentflüchtlinge, die im Rahmen eines Abkommens mit der UNO aufgenommen werden. «Es handelt sich dabei um Flüchtlinge, deren Rückkehr ohne Aussicht ist», so Kummer. Sie erhalten sogleich das Bleiberecht mit der Niederlassungsbewilligung und werden im Integrationsprozess speziell coached.



Im Mittelteil des Gebäudes am Asylweg 10 in Biberist werden 30 Plätze für Flüchtlings-Familien eingerichtet. HANSJÖRG SAHLI

Besitzer des Asylwegs 10 ist Urs Zuber, der früher den Bauernbetrieb der Aussenstation für die Strafanstalt führte. Er hat den Betrieb vom Kanton in Baurecht gekauft und hat sich laut Kummer beim Kanton gemeldet. «Das Gebäude stand auch schon immer auf unserem Radar der geeigneten Unterkünfte.» Die Miete sei noch Gegenstand laufender Verhandlungen zwischen Kanton und Besitzer.

Sicher nicht finanziell profitieren wird die Gemeinde Biberist. «Wir erhalten die Hälfte der Belegung an unser Flüchtlingskontingent angerechnet», berichtet Gemeindepräsident Martin Blaser. Ja oder Nein konnte die Gemeinde zum Vorhaben nicht sagen. «Wir wurden informiert. Ich weiss nicht, ob der Kanton bei einem Nein unsererseits verzichtet hätte.» Das sei aber nicht nötig gewesen, denn die Gemeinde un-

terstütze die Asylunterkunft auf dem Bleichenberg. Er setze das Verständnis der Biberister Bevölkerung voraus. «Die Reaktionen im Sommer waren grossartig. Damals wurden bis zu 50 Flüchtlinge beinahe mitten im Dorf platziert.»

### Gemeinderat nimmts gelassen

Gestern Abend informierte David Kummer den Gemeinderat Biberist. Dass ab März auf dem Bleichenberg Asylsuchende wohnen werden, schlug keine Wellen. Einzig die bestehende kommunale Unterkunft an der Solothurnstrasse gab Anlass zu Fragen. So wollte Stephan Hug (SP) wissen, warum in diesen Pavillons ständig Männer einquartiert würden, während etwa Zuchwil Familien zugewiesen erhalte. Kummer erklärte, dass der Kanton die Asylsuchenden diskussionslos in die kommunalen

Liegenschaften verteile. Man gehe nicht auf Sonderwünsche der Gemeinden ein. «Die Baracken an der Solothurnstrasse eignen sich eher für Männer.» Blaser resümierte das positive Echo aus dem Gemeinderat. «Wir bleiben in Kontakt mit dem Kanton.»

Wegen möglicher negativer Reaktionen aus der Bevölkerung macht sich David Kummer wenig Sorgen. «Die Erfahrungen mit der Zivilschutzanlage Grüngen waren gut, gerade mit den Gemeindebehörden.» Laut Kummer fallen für die Gemeinde keine Kosten an. Die Kinder werden in der vom Kanton betriebenen Asylklasse in Solothurn unterrichtet.

Die neue Asylunterkunft bringe dem Kanton aber nur kurzzeitig Entlastung. «Auf dem Papier haben wir 344 Plätze, die von 354 Personen belegt werden.» Die kürzlich geöffnete Asylunterkunft Fridau mit 80 Plätzen muss in drei Jahren wieder geschlossen werden. So lange dauert vorläufig auch die Nutzung der neuen Asylunterkunft in Biberist.

### Altlasten

## Abklärungen zum Stadtmist dauern nochmals länger

Die Abklärungen zur Sanierung des Solothurner Stadtmistes verzögern sich erneut um mehrere Monate. «Mit einem Entscheid über die Sanierungsmassnahmen kann frühestens Anfang Juli gerechnet werden», hat der Kanton gestern mitgeteilt. Im vergangenen Oktober ging man beim Solothurner Amt für Umwelt noch von einem Entscheid Ende Januar aus. «Wir haben gesehen, dass beim Oberen Einschlag noch eine zusätzliche Variante studiert werden muss», begründet Projektleiter Markus Spring vom Amt für Verkehr und Tiefbau die weiteren Verzögerungen.

Der Solothurner Stadtmist besteht aus drei Teildeponien, dem Oberen Einschlag, dem Unterhof und dem Spittelfeld. Klar ist, dass saniert werden muss - allerdings nicht wie. Seit Ende Dezember liegen nun die Expertenberichte vor. Diese haben für jeden der drei Teilbereiche die möglichen Sanierungsvarianten evaluiert. Zu deren Inhalt gibt es derzeit aber noch keine Informationen.

Grundsätzlich reichen die Möglichkeiten von der Oberflächenabdichtung des betroffenen Gebietes bis zur Komplettsanierung. Letzterer Fall wäre die Variante, bei der das Wohnprojekt Wasserstadt die grössten Realisierungschancen hätte. In den kommenden Monaten prüft nun das Solothurner Amt für Umwelt die Expertenberichte. Danach gehen diese weiter zum Bundesamt für Umwelt, das sich ebenfalls noch dazu äussern wird. (LFH)

### Wolfwil

## Frontal-Kollision: Drei Verletzte

In Wolfwil kam es am Sonntagmittag zu einer Kollision zwischen zwei Autos. Drei Autoinsassen wurden verletzt und mit der Ambulanz ins Spital gebracht. Ein Autolenker war in Richtung Murgenthalerstrasse unterwegs. Beim einem «Stop»-Schild hielt er an und wollte nach links abbiegen. Nach ersten Erkenntnissen übersah er dabei ein aus Richtung Murgenthal herannahendes Auto. Es kam zu einer seitlich-frontalen Kollision. Der Sachschaden beträgt mehrere 10 000 Franken. (PKS)

## Nein zur geplanten Steuer auf Kapitalgewinne

**Regierung** Die Ziele der Unternehmenssteuerreform III stossen auf Zustimmung. Diverse Massnahmen aber, etwa eine Steuer auf private Börsengewinne, seien unnötig.

Die Schweiz braucht «steuerlich attraktive Rahmenbedingungen, die international anerkannt sind». Dies hält die Solothurner Regierung in ihrer Stellungnahme an das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) fest. Sie befürwortet damit das grundlegende Ziel der Unternehmenssteuerreform III. Seit einiger Zeit stehen die besonderen Steuerregimes des schweizerischen Unternehmenssteuerrechts international in der Kritik. Ohne Änderungen läuft die Schweiz je länger, je mehr Gefahr, auf

schwarze und graue Listen gesetzt zu werden, betont der Regierungsrat.

### Eine überladene Vorlage

Eine Abschaffung der kantonalen Sonderregelungen für die Besteuerung ausländischer Gewinne von Schweizer und ausländischen Unternehmungen sei also unvermeidlich. Als alternative Lösung stimmt die Regierung insbesondere dem Vorschlag des Bundesrats zu, sogenannte Lizenzboxen zu schaffen. Damit sollen Erträge aus Immaterialgüterrechten (vor allem Patenten) wie in verschiedenen EU-Staaten einer Vorzugsbesteuerung unterworfen werden. Die Vorlage insgesamt bezeichnet der Regierungsrat aber als «sehr komplex» und sie befürchtet, dass «die grosse Zahl von vorgeschlagenen Massnahmen kaum voraussehbare Wechselwirkungen entfalten könnte».

Für unnötig erachtet die Regierung etwa die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer auf private Wertschriftengewinne. Dies, obwohl neben dem Bund auch die Kantone von einer solchen Steuer profitieren würden. «Die Einnahmen werden zu hoch veranschlagt», begründete gegenüber dieser Zeitung Theo Portmann, Leiter Recht und Gesetzgebung im kantonalen Steueramt, die Haltung der Regierung. Zudem seien die Kantone für den Vollzug verantwortlich, was zu Mehrkosten führe. Ablehnend äussert sich die Regierung unter anderem auch zur zinsbereinigten Gewinnsteuer (Abzug von kalkulatorischen Zinsen) sowie zur Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital.

### Ein höherer Ausgleich gefordert

Jene Kantone, die bisher einen wesentlichen Teil ihres Steueraufkommens

von entsprechenden Holdinggesellschaften beziehen, werden künftig gezwungen, ihre Gewinnsteuersätze massiv zu senken. Nur so können sie international steuerlich wettbewerbsfähig bleiben. Dies wiederum aber heize, so die Regierung, den interkantonalen Steuerwettbewerb an. Deshalb werde auch der Kanton Solothurn nicht darum herum kommen, die Gewinnsteuersätze deutlich zu senken, obwohl Solothurn von der Aufhebung der steuerlichen Sonderregelungen direkt in eher geringerem Mass betroffen sein dürfte.

Ob Solothurn in diesem interkantonalen Wettbewerb bestehen werde, hänge weitgehend davon ab, welchen finanziellen Spielraum sich der Kanton bis dahin verschaffen kann. Dieser aber werde wesentlich vom finanziellen Beitrag des Bundes im Rahmen von vertikalen Ausgleichsmassnahmen mitbe-

stimmt. Vorgesehen ist in der Vorlage, den Bundessteueranteil der Kantone von 17 Prozent auf 20,5 Prozent zu erhöhen. Diese Erhöhung aber ist aus Sicht der Kantone zu wenig, weil die Reform massgeblich zulasten des Steuersubstrats der Kantone geht. Als Ausgleich für die Einbussen, die sie erleiden werden, fordern die Kantone gemäss Theo Portmann einen Bundessteueranteil von 21,6 Prozent. Gemäss der Regierung ist aber auch dieser Ausgleich noch zu gering. Zusätzlich verlangt die Regierung, dass der Ausgleich zur Hälfte nicht nach Steuerertrag, sondern nach Bevölkerungszahl verteilt wird. Dadurch würden ressourcen-schwächere Kantone stärker profitieren. Dies rechtfertige sich damit, so Portmann, dass gerade diese Kantone massiv vom verstärkten Wettbewerb betroffen sein werden. (SKS, ESF)